

Gliederung

Literaturverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
1. KAPITEL	
Einleitung	1
I. Gegenstand der Untersuchung	1
1. Problemstellung	3
2. Gang der Untersuchung	5
II. Darstellung des historischen und systematischen Zusammenhangs der Übergangsregelung des Art. 12 § 7 GmbHGÄndG	5
III. Vergleich des alten Rechtszustandes mit der neuen Regelung des § 29 GmbHHG	7
IV. Die Bedeutung des Gewinnbezugsrechts für die Gesellschafter	8
2. KAPITEL	
Sachlicher Anwendungsbereich des Art. 12 § 7 II S. 1 GmbHGÄndG i.d.F. des Art. 11 II BiRiLiG	11
I. Problemstellung	11
II. Die Gruppe der Gesellschaften mit einer statutarischen Ergebnisverwendungsregelung	12
1. Minderansicht: Keine Geltung der Registersperre für Gesellschaften mit statutarischer Gewinnverwendungsregelung	12
2. Überwiegende Ansicht: Registersperre auch für GmbH mit statutarischer Gewinnverwendungsverfassung	14
3. Eigener Standpunkt	16
a) Wortsinninterpretation	16
b) Bedeutungszusammenhang	18
c) Historisch-teleologische Auslegung	18
d) Objektiv-teleologische Auslegung	21
aa) Theorie von der Verantwortungsübernahme durch den Gesetzgeber	21
bb) Theorie vom Wegfall der Geschäftsgrundlage	24
4. Ergebnis	27
a) Gesellschaften mit vertraglichem Vollausschüttungsgebot	27
b) Gesellschaften mit vertraglichem Teilausschüttungsgebot	28
c) Gesellschaften mit vertraglicher Vollthesaurierung	28
III. Die Gruppe der Gesellschaften mit einer dem neuen § 29 GmbHG entsprechenden Regelung	29
1. Minderansicht: Registersperre gilt auch bei Regelung der Gewinnverwendung entsprechend § 29 GmbHG nF.	30
2. Herrschende Ansicht: Keine Geltung des § 7 GmbHGÄndG für GmbH mit § 29 GmbHG nF. konformer Regelung	31

3. Eigener Standpunkt	33
4. Ergebnis	35
IV. Gesamtergebnis	35
 3. KAPITEL	
Einzelprobleme der Registersperre	36
I. Anforderungen formeller Natur an die entriegelnde Satzungsänderung	36
1. Untersuchung anhand von Fallgruppen	38
2. Fallgruppe a): Übernahme des Vollausschüttungsgebotes in die Satzung	39
3. Fallgruppe b): Vollausschüttungsgebot ist bereits in der Satzung geregelt	40
a) Beibehaltung des statutarischen Vollausschüttungsgebotes	40
b) Änderung der bisherigen statutarischen Verwendungsregelung	41
4. Fallgruppe c): Gesellschaften mit abweichenden Gewinnverwendungsregelungen	41
5. Aufhebungsbeschluß bezüglich bisheriger Gewinnverwendungsregelung für Übernahme des § 29 GmbHG nF.	41
6. Nichtzustandekommen einer Mehrheit für neue Gewinnverwendungsregelung als entriegelnde negative Satzungsänderung i.S.d. § 7 III GmbHGÄndG	42
II. Theorie der obligatorischen Doppeländerung	42
1. Theorie von der obligatorischen Doppeländerung	43
2. Herrschende Meinung	43
III. Folgen sperrwidriger Registerertragungen	44
1. Kein Wegfall der Registersperre	45
a) Mindermeinung: Aufhebung der Sperre	45
b) Herrschende Meinung: Keine Entriegelung des Registers	45
2. Verfall der Beschlüßerleichterung des § 7 II S. 2 GmbHGÄndG	46
a) Minderansicht für Wegfall der Erleichterung	47
b) Herrschende Meinung: Beschlüßerleichterung entfällt nicht	47
 4. KAPITEL	
Sachliche Reichweite der Beschlüßerleichterung in Art. 12 § 7 II S.2 GmbHGÄndG	49
I. Die Problematik	49
II. Die Auslegung des § 7 II S. 2 GmbHGÄndG	49
1. Wortlautinterpretation	50
2. Der Bedeutungszusammenhang	50
3. Die historisch-teleologische Auslegung	52
4. Die objektiv-teleologische Auslegung	54
a) Geltung der Beschlüßerleichterung nur in gesperrten Altgesellschaften	55

III

b) Keine Beschränkung der Beschußberleichterung auf die Änderung gesetzlicher Gewinnausschüttungsrechte	55
c) Das Verhältnis der Beschußberleichterung zu Gesellschaftersonderrechten	57
d) Das Verhältnis zu gesellschaftsvertraglichen Mehrheitserfordernissen	60
e) Mehrheitsbeschuß im Verhältnis zu vertraglichen Regelungen zum Gewinnbezug in und außerhalb des Gesellschaftsvertrages	63
f) Verhältnis der Beschußberleichterung zur Einführung von Gewinnbezugsrechten Dritter	64
g) Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Beschußberleichterung	66
aa) Der Schutzbereich des Art. 14 GG im Gesellschaftsrecht	66
bb) Das Vollausschüttungsgebot als Eigentumsposition	67
(1) Kein Eingriff in die Rechtsposition der einfachen Minderheitsgesellschafter	67
(2) Eingriff in die Stimmrechtsmacht der Sperrminoritäte	68
(3) Zulässige Inhaltsbestimmung durch § 7 II S. 2 GmbHGÄndG	70
(4) Keine Verschlechterung des Gewinnbezugsrechts der Sperrminoritäte	71
(a) Verbot der stillen Willkür-Reserven	76
(b) Einschränkung der außerplanmäßigen Abschreibungsmöglichkeiten gemäß § 253 II S. 3 HGB	77
(c) Wertaufholungsgebot gemäß § 280 I HGB	78
5. Ergebnis	79
5. KAPITEL	
Möglichkeiten und Grenzen des Minderheitenschutzes	81
I. Problemaufriß	81
II. Kriterien zur Begrenzung der Stimmrechtsmacht der Mehrheit	84
1. Das Sittengesetz	84
2. Das Gleichbehandlungsgebot	85
3. Treuepflichten	86
a) Herleitung der Treuepflichten	88
b) Umfang und Inhalt der Treuepflichten	93
c) Eigener Standpunkt	96
III. Anwendung der Treuepflichten auf die Änderung der Gewinnverwendungsverfassung durch die einfache Mehrheit	100
1. Notwendigkeit einer sachlichen Rechtfertigung der Änderung des Gewinnverwendungsstatuts	100
2. Anwendbarkeit des Gesellschaftsinteresses als Maßstab der sachlichen Rechtfertigung	101

3.	Entwicklung abstrakt-genereller Anwendungsregeln	103
a)	Vorschlag Hommelhoff: Abwägungsfreie Thesaurierungsquote von 60 % bis zur Höhe des Stammkapitals	103
b)	Anpassung an die durch das BiRiLiG geänderte Situation bei der Bilanzierung	104
c)	Übernahme des § 29 II nF. GmbHG	105
d)	Sonstige Möglichkeiten	106
4.	Stellungnahme	107
a)	Ablehnung des Hommelhoff'schen Vorschlags	107
b)	Unzulässigkeit der Übernahme des § 29 II GmbHG nF.	109
c)	Sonstige Möglichkeiten nicht anwendbar	110
d)	Die eigene Position	111
aa)	Grenze der mehrheitlichen Thesaurierung	112
bb)	Darlegungs- und Beweislast	116
IV.	Zustimmungspflicht bei Abstimmungspatt	117
1.	Zustimmungspflicht nur zu einer anpassenden Satzungsänderung	117
2.	Möglichkeit der Umkehr der Parteirolle im Anfechtungsprozeß	118
V.	Kein ordentliches Austrittsrecht der Minderheitsgesellschafter	119
6.	KAPITEL	
	Zusammenfassung der Ergebnisse	123
7.	KAPITEL	
	Anhang	127